

Bresener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 359.

Mittwoch, 27. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Das Abonnement auf diese Zeitung kostet 250 Pf. pro
spezifische Blatt bezahlt mitteljährlich für die ganze
Zeitung 11 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. Das Egy.
Sekretar zu nehmen alle Postanstalten und Verleger
Kaufhaus zu.

Sekretar 2 Egy. die jedesgehaltene Zeile über hundert
Wörter, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die
Expeditio zu richten und werden für die am folgenden
Tage abgesegnet 8 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr
ab dem Mittag angezähmt.

1874.

Amtliches.

Berlin, 26. Mai. Der König hat den Wirkl. Geh. Ober-Rat, Rath und bish. ersten vortrag. Rath im Staatsministerium, Dr. jur. Jacobi, zum Ministerial-Direktor ernannt. Den Staatsanwalts-Gehilfen Bernhardi in Danzig und Sporleder in Hanau den Charakter als Staatsanwalt verliehen.

Am Franz. Gymnasium in Berlin ist der ord. Lehrer Karl Friedrich Gutsell zum Oberlehrer befördert, dem ord. Lehrer Ferdinand Kochel am Gymnasium zu Neustadt i. Westf. das Präsidat "Oberlehrer" beigelegt, dem Wirkl. Geh. Ober-Rat, Rath und Ministerial-Direktor Dr. Jacobi die Stelle des Direktors der Handels- und Gewerbe-Abth. im Ministerium für Handel, Gewerbe und öff. Arbeiten übertragen, der bish. Baumeister Anton Sobczak zu Beulendorf als 1. Eisenbahn-Baumeister bei der Saarbrücker Eisenbahn mit dem Wohnsitz zu Saarbrücken, der bish. Eisenbahn-Ingénieur Oskar Frankenstein zu Kassel als 1. Eisenbahn-Baumeister bei der Mai-Eisenbahn daselbst angestellt, dem 1. Kreis-Baumeister Kindens die Verlegung seines Wohnsitzes von Kirchen nach Bezdorf im Reg.-Bez. Coblenz gestattet worden.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. Mai. Der "Gaulois" hatte gestern in einem Artikel ausgeführt, daß die Bonapartisten die Abschaffung des Kaiserreichs als null und nichtig zu betrachten hätten. Derselbe hat in Folge dessen eine Verwarnung erhalten, in der gesagt wird, daß die Regierung Zeitungssatzung nicht dulden werde, die darauf abzielen, das Aneben einer von der Nationalversammlung getroffenen Entscheidung zu schämen oder zu nichts zu machen.

Madrid, 26. Mai. Der Marshall Serrano hat heute den Vertreter der Republik Mexiko empfangen. — Die Carlisten haben einen Eisenbahngang zwischen Saragossa und Madrid angehalten. Von hier sind Truppen an den betreffenden Ort abgegangen.

Barcelona, 26. Mai. Don Alphons von Bourbon und die Gemahlin von Don Carlos befinden sich in Solsona, um dort eine Truppenabteilung zu organisieren, welche ihre Eskorte nach Maestrazgo bilden soll. — Der Generalkapitän von Catalonia hat von der Regierung Verstärkungen von wenigstens 4000 Mann verlangt und im Falle eines abschläglichen Bescheides seine Entlassung begeht.

Rom, 26. Mai, Vormittags. Das Befinden des Papstes ist in der Besserung. Derselbe hat gestern keinen Fieberanfall gehabt und konnte auch eine Zeit lang außerhalb des Zimmers verweilen. Die Aerzte haben den Wunsch ausgesprochen, daß der Papst während des bevorstehenden Sommers die Zahl der zu erzielenden Andachten beschränken möge.

Seitens des Ministeriums ist die Erklärung abgegeben, dasselbe werde keine Vorlagen zur Beratung bringen, durch welche dem Staatschafte neue Lasten auferlegt würden. In der Kommission für den Gesetzentwurf betreffend die Konvention mit den südromischen Eisenbahnen stimmten 4 Mitglieder für, 5 gegen die Vorlage. — Mehrere hiesige Journale sprechen sich über die Wahrscheinlichkeit einer Auflösung der Deputirtenkammer aus.

26. Mai, Nachmittags. Die Kommission des Senats für die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung der Anlagen zur Vertheidigung des Staates wird, dem Bernehmern nach, die Beratung der Vorlage beantragen nachdem von der Deputirtenkammer nicht alle zur Deckung des Defizits erforderlichen Finanzmaßregeln angenommen worden sind.

Genua, 24. Mai. Wie das Journal "Borsa" meldet, hätte der hiesige deutsche Generalkonsul mit dem italienischen Marineministerium Verhandlungen darüber eingeleitet, daß deutschen Reichangehörigen die Erlaubnis ertheilt werde, auf italienischen Werften Schiffe bauen zu dürfen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 26. Mai. Die Abreise des Fürsten Bismarck ist noch nicht erfolgt. Wie bereits gemeldet, ist an der Verzögerung die Anhäufung dringender Regierungsgeschäfte Schuld, allerdings aber kam hinzu, daß am Freitag eine Steigerung der rheumatischen Schmerzen eintrat, welche einen Krankheitsrückfall befürchten ließ. Am Sonnabend ist dann allerdings eine Besserung eingetreten, aber die ungewöhnlich rauh gewordene Witterung ließ doch einen Aufschub der Reise wünschenswert erscheinen und nachdem dieser eingetreten war, erforderte es wohl die Schicklichkeit, daß erst die Rückkehr des Kaisers abgewartet wird. Der Aufenthalt in Varzin wird ungefähr auf drei Wochen veranschlagt, ob der Fürst alsdann ein Bad und welches besuchen wird, scheint zur Zeit noch nicht festgestellt. — Die Ernennung des Herrn v. Werther zum deutschen Botschafter in Konstantinopel ist jetzt erfolgt, ebenso die Ernennungen des Herrn v. Eichmann zum Gesandten in Stockholm und die der Herren Graf v. Perponcher und v. Canis zu Gesandten in Brüssel und im Haag. Dem Grafen Hatzfeldt, welcher beauftragt ist, die offiziösen Beziehungen mit der Regierung von Madrid zu unterhalten, ist der Rang (nicht die Stellung) eines Gesandten verliehen worden. — Über die Besetzung der ersten Rathsstelle im Staatsministerium sind die widersprechendsten Gerüchte in Umlauf; keines derselben ist treffend. Uebrigens war es von vornherein unwahrscheinlich, daß der Geh. Legationsrat Bucher und der Geh. Oberregierungs-Rath Persius für die bez. Stelle in Aussicht genommen wären. In Ansicht des ersten könnte man ebenso bestimmt sich sagen, daß er nicht den Wunsch haben könnte, aus der bedeutenden Thätigkeit in der unmittelbaren Nähe des Fürsten Bismarck zu scheiden, während der letz-

tere sich gewiß ebenso an die hohe Aufgabe, welche ihm im Ministerium des Innern beschieden ist, die organischen, auf die Fortbildung der Selbstverwaltung bezüglichen Gesetze vorzubereiten, gebunden hielt.

— In Peiplin ist es zu Ruhestörungen gekommen auf die Nachricht hin, daß der Bischof verhaftet werden soll. Die Ruhe ist durch militärische Hilfe hergestellt und alle Vorkehrungen getroffen, um ferneren Ruhestörungen vorzubeugen.

□ Berlin, 26. Mai. Man wird sich des Artikels entsinnen, welchen die "Post" kurz nach dem eingetretenen Besitzwechsel über die bevorstehenden Veränderungen in der Organisation unserer Reichsverwaltungsbehörden brachte. Es dürfte eine Mittheilung nicht ohne Interesse sein, die uns bezüglich derselben Angelegenheit zugeht. Hierach liegt es nämlich in der Absicht des Reichskanzlers auf dem bereits betretenen Wege die Bildung von Reichsministerien weiter vorzuschreiten. Bis jetzt haben wir das Reichskriegsministerium und die Reichs-Admiralität, und wenn man im beschränkteren Sinne nehmen will, auch das Reichseisenbahnamt als selbständige Verwaltungsbehörden des Reiches. Neben diesen Behörden besteht noch das Reichskanzleramt, welches bei seiner Gründung den Zweck haben sollte, die oberste Verwaltungsbehörde und gleichzeitig die Zentralbehörde des Reiches zu sein, welche unter die direkte Leitung des Reichskanzlers gestellt werden sollte. Im Laufe der Zeit hat sich nun diese einfache Zentralbehörde, welche bisher als das Sekretariat des Fürsten Bismarck angesehen wurde, in dem Maße ausgedehnt, daß sie mindestens an Bedeutung denjenigen der bereits bestehenden Reichsministerien gleich gestellt werden kann. Das Reichskanzler-Amt ist im Laufe der Zeit gewissermaßen zu einem Ministerium des Innern des Reiches herangewachsen, da ihm sämtliche innere Verwaltungs-Angelegenheiten des Reiches zugewiezt sind, dadurch hat diese Behörde aber wiederum ihren ursprünglichen Charakter als Zentral-Behörde des Reiches und Sekretariat des Reichskanzlers erheblich eingebüßt und es fehlt in der Organisation der Reichsbehörden wiederum gewissermaßen die Zentralbehörde. Bei der preußischen Staatsverwaltung existiert eine dementsprechende Verwaltung ebenfalls, jedes Ministerium bearbeitet die seinem Ressort zufallenden Geschäfte selbstständig, über alle aber besteht das Staatsministerium, welches unter der direkten Leitung des preußischen Ministerpräsidenten steht. Eine ähnliche Institution für das Reich ins Leben zu rufen, wie das Staatsministerium für den preußischen Staat ist, soll nun in der Absicht des Reichskanzlers liegen: aus dem Reichskanzleramt heraus die Bildung einer neuen Centralbehörde. Thatsache ist, daß derartige Pläne im Werke sind und daß über sie schon in der allernächsten Zeit definitiv entschieden werden wird. Wenn kürzlich über die offiziösen literarischen Bureau verschiedene Nachrichten in die Presse gedrungen sind, so glauben wir, daß auch diese mit dieser neuen Organisation der Reichsbehörden in Verbindung zu bringen sind. Thatsache ist ja, daß das preußische literarische Bureau von dem preußischen Staatsministerium resortirt und mit dem Ministerium des Innern nur dadurch in Verbindung gebracht wird, daß die Fonds von diesem lebendigen Ministerium verwaltet werden; möglich ist es also, daß der Reichskanzler hier in gleichem Maße verfährt und indem er das offiziöse Bureau bei der preußischen Staatsbehörde gänzlich eingehen läßt, der neu zu begründenden Reichsbehörde eine gleiche Thätigkeit in literarischer Beziehung zuweist.

□ Berlin, 26. Mai. [Pension zu suchen.] In Bezug auf die Höhe der den vor Eintritt der Gehaltsverbesserungen pensionierten Staatsbeamten zu gewährenden Zuschüsse sind bei Einreichung der erforderlichen Vorschläge seitens der einzelnen Behörden so verschiedene Auffassungen zu Tage getreten, daß sich das Ministerium veranlaßt gesehen hat, in einem Zirkular-Erlaß die Grundsätze zusammenzustellen, nach welchen diese Zuschüsse bemessen werden sollen. Dieses Reskript lautet im Auszuge wie folgt:

Nach den ergangenen Bestimmungen sollen behufs der Feststellung desjenigen Betrages, bis zu welchem für die vor dem Erlass des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 und vor Eintritt der in den Jahren 1872 und 73 erfolgten Verbesserungen des Diensteinommens z. in den Ruhestand versetzten Personen die Bewilligung einer laufenden Unterstützung höchstens in Aussicht genommen werden darf, die in den Jahren 1872 und 1873 erfolgten Verbesserungen des Dienst-einkommens der aktiven Beamten, einschließlich des Wohnungsgeld-zuschusses, in Verhältnisstellung gezogen werden. Solche Einkommens-Verbesserungen haben in diesen beiden Jahren die aktiven Beamten, abgesehen von der Bewilligung des Wohnungsgeldzuschusses, durch die stattgehabten Aufbesserungen der Durchschnittsgehalte der einzelnen Kategorien erfahren und es ist daher als Einkommensverbesserung neben dem Servis nur derjenige Betrag anzusehen, um welchen im Jahre 1872 der Betrag des Dienstes der jüngsten derjenigen Beamten-Kategorien, zu welchen der pensionierte Beamte im Zeitpunkte seiner Pensionirung gehörte, gegen den im vorhergegangenen Jahre 1871 bestandenen Durchschnittssatz der Bezahlungen in derselben Kategorie erhöht worden ist. Diese Verbesserung beträgt beispielweise bei den Unterbeamten 35 Thlr., bei den Subalternbeamten 2. Klasse 50 Thlr., 1. Klasse 100 Thlr. u. s. w. Hierach bleibt das Maximum für die Bewilligung einer fortlaufenden Unterstützung in der Weise zu berechnen, daß zu dem zu jener Zeit pensionsberechtigten Gehalte die betreffende Durchschnitts-Gehaltsverbesserung sowie der Betrag des nach dem Gesetze vom 12. Mai 1873 bei der Pensionierung anzurechnenden Durchschnittssatzes der fünf Servisklassen zugezählt und nach dem folcher gestalt ermittelten Betrage berechnet wird, wie viel hieron dem Beamten am Tage seiner in Wirklichkeit erfolgten Pensionierung unter Anwendung der günstigeren Grundsätze des Pensionsgesetzes vom 27. Mai 1872 hinsichtlich der Anrechnung der Dienstjahre u. c. als Pension zugestanden haben würde. Die Differenz zwischen der zuletzt berechneten und der tatsächlich bisher bezogenen Pension bildet nun das in Rede stehende Maximum. Dabei soll indessen nicht übersehen werden, daß den Pensionären auf die Bewilligung dieses Differenzbetrages keineswegs ein Recht zusteht, sondern

dass hiermit nur die äußerste Grenze bestimmt ist, bis zu welcher eine Unterstützung in Aussicht genommen werden darf, wogegen der Beitrag der im einzelnen Falle zu bewilligenden Unterstützung innerhalb dieser Grenze und innerhalb der im Staatshaushalt-Etat dafür ausgeworfenen Mittel nach der Würdigkeit und Bedürftigkeit des in Frage kommenden Pensionärs und unter Festhaltung des Charakters dieser Bewilligung als eine widerrufliche Unterstützung zur Erleichterung seines Auskommens zu bemessen bleibt. Nach diesen Grundsätzen soll nun fernerweit verfahren werden.

— Wie die „R. Bzg.“ berichtet, ist in der Frühe des ersten Pfingstfeiertages nach kurzer Krankheit der Präsident d. pr. preußischen Staats-schuldenverwaltung v. Wedell gestorben. Der Hingediedene war eine Hauptfigur der „Kreuzzeitungspartei“, an deren unverändertem Programm er mit seinem Freunde von Gerlach bis zuletzt festhielt. Eben darum mußte ihn schon das Ministerium der s. g. neuen Era von 1858 durch Abberufung vom Regierungspräsidium in Merseburg in die Stelle, welche er bis zu seinem Tode bekleidet hat, in die Lage versetzen, seine politischen Ansichten nicht in der Staatsverwaltung bekräftigen zu können. Eine seiner letzten Thaten war der Protest gegen die Wahl der neuen liberalen Kirchenräthe in der Jakobiparochie.

— Wir haben bereits gemeldet, daß sich in Berlin ein national-liberaler Verein gebildet hat. Die Versammlung war von mehr als 200 Männern besucht, welche die Statuten nach eingehender Beratung einstimmig annahmen. Eine vom Vereinsvorstande ausgegangene Publikation enthält folgendes Nähere mit:

Zweck des Vereins ist hierach: „eine Verbindung der Parteigenossen in Berlin herzustellen und das politische Verständniß in nationaler und liberaler Richtung zu fördern.“ Die Erreichung dieses Zwecks soll durch Beratungen, Vorträge, Besprechungen und durch die Presse angestrebt werden. Die Mitgliedschaft wird durch die schriftliche Beitragskündigung und die Zahlung eines jährlichen Beitrags von mindestens 3 Mark erworben. Der aus 15 Mitgliedern bestehende Vorstand wird immer auf ein Jahr gewählt. Beigetreten sind dem Vereine u. A. sämtliche Abgeordnete der national-liberalen Partei für Reichstag und Landtag, die in Berlin wohnen; von den Herrenhausmitgliedern der Minister a. D. Bernuth; ferner Präsident Scheele, Geh. Ober-Justizrat Denef, Ober-Bergrath Haubecorne; die Professoren Dreyßen, Dernburg, du Bois-Reymond, Roth, Bardeleben, Ewald, Bruns, Dove, Heßemann, Beseler, Herm. Grimm, Harms, Hitzig, Marggraf, van Dalen; die Prediger Lisco, Thomas, Hoffbach; die Directoren Schaper und Gallenkamp, der Rektor Hormis, die Oberlehrer Friedländer, Gundlach, Büschel, Junge, die Aerzte Geheimer Sanitätsrat Gumbinner, Ohndorf, Sanitätsrat Mintel, Hirsch, M. Feig, Geh. Regierungs- und Bau-rath Hitzig, Baumeister Küllmann; die Kaufleute Ferdinand Reichenheim, Robert Friedberg, Theodor Simon, Marx und Georg Bendix, M. Samter, W. Restle, die Buchhändler Dietrich Reimer, Gaertner, E. Reimer, Ferdinand Springer, Eggers, Gustav Gokmann, Vorstell, Reimarus; die Rechtsanwälte Krebs, Laue, Kreinitz, Ornold, M. Levy, Peterjen, Julius Müller; die Stadtgerichtsräthe und Richter Zoellner, F. und E. Hagens, Hollmann, Beseler, Vollmar u. s. w. In den Vorstand wurden gewählt: die Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Völker, Oberbürgermeister a. D. Miquel und Stadtrichter Lehfeld. — Dr. W. Siemens, Oberbürgermeister a. D. Weber, Fabrikbesitzer Dr. Burg, Direktor Galenkamp, Geheimer Regierungsrath Hitzig, Stadtgerichtsrath Kowalzig, Professor Dr. Lazarus, Justizrat Lasse, Verlagsbuchhändler Dietrich Reimer, Kaufmann Reckle, Redakteur Wackerl, Dr. Wiesenthal. Die Vorstandsmitglieder haben sodann gewählt zu ihrem Vorständen Stadtgerichtsrath Kowalzig, zu dessen Stellvertreter Justizrat Lasse, zum Schatzmeister Oberbürgermeister a. D. Weber, zum Protokollführer Stadtrichter Lehfeld.

Die national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses hat übrigens vor ihrem Auseinandergehen noch folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Das Zentral-Wahlkomitee in Berlin wird mit dem Recht der Kooperation als dauernder Zentralausschuß der Partei konstituiert; 2) es wird ein Zentralfonds zu seiner Disposition gebildet; 3) der Zentralausschuß erstattet der Fraktion des Reichstages und des Abgeordnetenhauses bei ihrem jedesmaligen Zusammentreffen Bericht; 4) in allen Wahlkreisen resp. Provinzen sind dauernde Organisationen der Partei, politische und insbesondere auch soziale Vereine zu bilden, welche thunlichst auf alle Volksklassen einzuwirken und mit den bestehenden Vereinigungen, z. B. den Arbeiterbildungs-, Gewerbe- u. Volksbildung-Vereinen, in Verkehr zu treten haben; 5) vor Allem ist die Lokalpresse zu pflegen und mit geeigneten Beiträgen zu versorgen; 6) an alle der Fraktion angehörende Abgeordnete ergeht die dringende Aufforderung, mit den Wählern in dauernder und ununterbrochener Verbindung durch Abhaltung von Versammlungen und Erstattung von Berichten zu bleiben.

Gleiche Beschlüsse waren auch von der national-liberalen Fraktion des Reichstages gefaßt.

Dresden, 26. Mai. Wie bereits kurz gemeldet, war der Ausschuss des deutschen Journalistentages am Sonntag (24. Mai) hier versammelt. Man beschloß zunächst, den diesjährigen Journalistentag in Baden-Baden — der Einladung des dortigen Gemeinderaths folgend — und zwar in den Tagen vom 25. bis 28. Juli abzuhalten. Die Tagesordnung wurde dahin festgestellt: Antrag betreffs Änderung der Statuten; Referat wegen Errichtung eines Zeitungs-Telegraphenbüros; Referat über Zeitungswesen und Annenbüros; Antrag, betreffend Gründung eines deutschen Schriftsteller- und Journalistenverbandes; Referat über die Frage wegen Anstellung beider Redakteure für den Inseratenheft der Zeitungen.

Paris, 24. Mai. Das neue Ministerium ist endlich zu Stande gebracht, jedoch nicht durch Herrn de Goncourt und die Herzöge von Decazes und Audiffret-Pasquier, die er in all' seinen Nöthen zu Hilfe gerufen hatte, sondern durch Mac Mahon selbst. Die am 21. d. M. als definitiv betrachtete Kombination eines Kabinetts, in welches als Repräsentanten des gemäßigten Theils des linken Zentrums zwei Mitglieder der Perier'schen Gruppe eintreten sollten, zerstieg sich noch im Laufe derselben Tages während der ersten privaten Beratung des neuen Konsells. Die hierauf folgenden Bewegungen in der Ge-

nes des neuen Kabinetts werden in einer Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ folgendermaßen geschildert:

Die beiden Mitglieder der Périer'schen Fraktion verlangten die Konstituierung des septennat impersonnel, d. h. einer siebenjährigen republikanischen Regierung, die, von der Person des derzeitigen Inhabers der Exekutivgewalt unabhängig, eventuell auch ohne ihn fortbestehen sollte, während die der eigentlichen Rechten angehörenden Ministerkandidaten nur einem septennat personnel, einer de facto republikanischen Regierung, die mit dem Tode oder mit dem Rücktritt Marschall Mac Mahons vom Präsidium auch vor Ablauf der nächsten sieben Jahre sofort wieder erloschen würde, zustimmen wollten. Der Marschall, welcher aus dem Provocationsgesetz vom 20. November v. J. das Recht herleitet, die unverzügliche Organisierung seiner persönlichen Gewalten ohne irgend welche Rücksichtnahme auf republikanische oder monarchistische Sonderinteressen zu verlangen, war durch die lange Dauer der Krise, welche seine Geduld auf eine harte Probe stellte, arg verstimmt worden; unter Berufung auf die von allen Parteien ihm so oft wiederholte Versicherung, daß die gesammte Nation seiner militärischen Geradheit und persönlichen Ehrenhaftigkeit rückhaltslos vertraue, daß alle Opposition nicht ihm, sondern dem Herzog von Broglie gelte, forderte er jetzt die Konstituierung „seines“ Septennats ohne Zusatz und ohne Klausur. Durch Goulards Meldung, daß das Wörterchen „personnel“ oder „Impersonnel“ zwischen den Vertretern derjenigen Fraktionen, auf deren Unterstützung er bei der Neubildung des Kabinetts gerechnet hatte, wiederum zum Bantapfel geworden wäre, fühlte Mac Mahon sich daher auf das umangenehmste berührt und als eine noch am späten Abend des vorgestrigen Tages in seiner Gegenwart veranstaltete Konferenz der konservativen Parteiführer ebenfalls refutatisches verließ, war es mit seiner Ruhe vollends aus. „Ich will“ — so lauteten dem „Soir“ folgende Worte, die der Marschall schließlich an die habenden Deputirten richtete — „ich will weder die Monarchie, noch die Republik gründen, sondern nur, daß man unverweilt meine Gewalten organisire.“ Ich habe ein Mandat auf sieben Jahre erhalten und will es bis ans Ende erfüllen. Wenn das Kabinett nicht gebildet wird, um das Septennat zu vertheidigen oder zu organisiren, so werde ich entweder meine Entlassung geben oder energische Maßnahmen ergreifen.“ Die offiziöse „Agence Havas“ hat diese drohenden Worte, die den Herzog d'Autiffret-Pasquier sofort zu einer scharfen Replik veranlaßt haben sollen, gestern zwar sofort dementirt, nichtsdestoweniger fanden sie die weiteste Verbreitung und allgemeinen Glauben. Seit einigen Tagen schon wurde ohnehin das Gerücht kursiert, daß Mac Mahon zu außerordentlichen Schritten, oder, wie hin und wieder versichert wurde, sogar zu einem direkten Staatsstreich entschlossen sei; unter diesen Umständen sah man dem weiteren Verlauf der Krise natürlicherweise mit doppelter Spannung entgegen. Eine neue Kombination de Goulard's, welche auf einem Programm beruhte, dessen Hauptpunkte 1) die Anerkennung der politischen Bedeutung des Weißtrouvens vom 16. d. M. und 2) die Vertragung aller konstitutionellen Gesetze bis zur Herbstsession bildeten sollte, scheiterte an dem vereinten Widerstande der gemäßigten Rechten und des linken Zentrums. In Folge dessen gab Goulard das ihm übertragene Mandat der Kabinetsbildung in die Hände des Marschalls zurück und dieser übernahm es nun aus eigenster Initiative ein konservatives Ministerium zu Stande zu bringen. Mac Mahon — so heißt es — wollte bis zu der auf heute Nachmittag anberaumten feierlichen Antrittsaudience des deutschen Botschafters, Fürsten Hohenlohe, seine neuen Nähe um jeden Preis beisammen haben. Daß dem Soldaten in noch nicht acht Stunden gelungen ist was die Politiker in acht Tagen nicht vermochten, beweist das heutige „Journal officiel“, welches die Thatache der Kabinetsbildung konstatirt, indem es die Namen der neuen Minister veröffentlicht. Mac Mahon hat denjenigen Parteien, die ihm am 24. Mai v. J. auf den Präsidentenstuhl erhoben, mit seinem Versprechen, sich nur auf die sog. konservativen Elemente der Versammlung stützen zu wollen, in diesem Falle sogar soviel Wort gehalten, daß nicht ein einzelnes Mitglied des linken Zentrums, dem die Rechte der konservativen Charakter nicht mehr zugestehen mag, ja nicht einmal ein vollgültiger Vertreter der Périer'schen fraction conservative-republicaine, die 16. d. M. doch wenigstens theilweise dem Herzog von Broglie ihr Vertrauen beludene, in dem neuen Kabinett sich befindet. Die Bonapartisten haben die Genugthuung, daß es ihren Gegnern vom rechten Zentrum und der gemäßigten Rechten, nicht gelungen ist, sie ganz aus dem Ministerium zu verdrängen; ja Audiffret-Pasquier, der ihnen wegen seiner bekannten Philistia über die unzulänglichen militärischen Rüstungen des Empire nächst Gambetta von allen Deputirten am meisten verhafst ist und diesen Haß von ganzem Herzen erwidert, ist ganz übergangen worden, während dagegen Magne das wichtige Portefeuille der Finanzangelegenheiten hält. Als Kuriosum sei übrigens noch eines Gerüchtes Erwähnung gethan, demzufolge Mac Mahon die Liste „seines“ Kabinetts in Voraussicht des ferneren Mislingens aller Goulard-Decazes'schen Kombinationen schon gestern fertig in der Tasche gehabt, mit der Veröffentlichung derselben jedoch bis heute gewartet habe, da er den Freitag für einen Unschlüssigtag halte.

Paris, 24. Mai. Über das neue Ministerium schreibt ein pariser Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ Folgendes:

Das Kabinett ist ein „Cabinet d'affaires“, das vielleicht einem „Cabinet d'action“ vorausgehen soll. Unzweckt dessen ist man aber doch erstaunt, daß der General Eiffey, der nicht nur ein geringer Redner, sondern überhaupt gar kein Redner ist, an die Spitze des selben gestellt wurde. Man glaubt daher, daß Mac Mahon ihn nur deshalb zum Vice-Minister-Präsidenten ernannte, um anzudeuten, daß er in Zukunft seinen eigenen Ideen folgen werde. Eiffey, der ein guter General ist, wollte zuerst die Vice-Präidentschaft ausschlagen; man erzählte sich aber — doch wohl nur um einen Spaß zu machen —, der Marschall habe ihm mit acht Tagen Stubenarrest gedroht, wofür er sich nicht fühle. Eiffey war während der Regierung des Herrn Thiers Kriegs-Minister und zeigte sich in seinem Fach gerade nicht ungeschickt. Seinen politischen Überzeugungen nach ist er Legitimist, doch verhinderte ihn dies nicht, dem Kaiserreich und Herrn Thiers zu dienen und sich jetzt Mac Mahon zur Verfügung zu stellen. Von den übrigen Mitgliedern des Geschäfts-Ministeriums ist wenig zu sagen. Mit Ausnahme von Magne, der seine politische Laufbahn damit begann, daß er in dem Geschäft-Ministerium, welches dem Saatsstreich vorausging, die Finanzen ebenfalls übernahm, und der seit jener Zeit für eine finanzielle Kapazität gehalten wurde, sowie von Fourtou, der schon unter Thiers Minister war und zu den Überläufern vom linken Zentrum gehört, und von Decazes (rechtes Zentrum) sind alle anderen Mitglieder des Kabinetts untergeordnete Leute. Tailhand und Cumont (er erzählt das Unterrichts-Ministerium und ist als eifriger Ultramontaner bekannt) gehören zur gemäßigten Rechten, Grivart zum rechten Zentrum und Admiral Montagnac gilt für einen stillen Bonapartisten. Über Caillaux (der neue Bauten-Minister) weiß ich nichts zu sagen, gerade wie denn Marschall Mac Mahon, der, als er seinem Vice-Ministerpräsidenten Eiffey die Namen der neuen Minister mittheilte, und dieser fragte, wer Caillaux sei, antwortete: Je n'en sais rien, il m'a été recommandé par Fourtou comme remplaçage. Als ihn Fourtou zu Mac Mahon führte, machte Caillaux einige Schwierigkeiten, die der Präsident der Republik aber dadurch beseitigte, daß er ihn vorstellte, so erzählt der „Soir“, er müsse in das Kabinett eintreten, da er morgen den deutschen Botschafter empfange und er denselben nicht ohne seine Minister empfangen könne. Caillaux leistete nach dieser Erklärung keinen Widerstand mehr.“

Aus London vom 23. d. Mts. wird der „Köln. Ztg.“ über die jüngsten Tagesereignisse Folgendes berichtet: Die großen Hoffestlichkeiten der letzten acht Tage sind vorbei. Sowohl in Windsor wie im Buckinghampalast ist Alles wieder still geworden. Die Königin ist wohlbehalten in Schottland angekommen, und Kaiser Alexander hat den Kontinent wieder betreten. Man darf wohl annehmen, daß der Kaiser angenehme Erinnerungen mitnimmt. Bis auf das Wetter ist hier Alles gut abgelaufen, und der Kaiser hat sich seinerseits als liebenswürdiger und erkennbarer Gast bewährt. — Die Artillerie-

revue in Woolwich scheint ihn noch mehr erfreut zu haben, als die Revue in Aldershot, über die er sich jedoch ebenfalls sehr beifällig äußerte. Wie ein Tagesbefehl des kommandirenden Generals Sir David Wood den an der Übung in Woolwich beteiligten Truppen anzeigen, entlockte ihm die letzte große Salutsalve den Ausruf: „Splendid and magnificent! Ich danke Ihnen sehr und auch den Offizieren.“ Diese anerkennenden Worte des Kriegsherrn einer großen und vorzüglichen Armee machen unseren Soldaten natürlich nicht wenig Freude.

Obwohl der Kaiser gestern noch vor der festgesetzten Stunde abreiste, ist er auch am letzten Tage seines Hiersteins von Deputationen und Begrüßungen nicht ganz unbeküllt geblieben. Noch in letzter Stunde meldete sich eine Deputation der „Universellen Allianz“, um ihren Dank für die freundliche und theilnahmvolle Weise auszusprechen, in welcher er die Bestrebungen der Gesellschaft unterstützt hat. Der Kaiser hat den Entwurf eines internationalen Abkommen anfertigen und den verschiedenen europäischen Kabinetten unterbreiten lassen, welcher nach den Grundsätzen der Allianz bestimmen über die humane Behandlung der Kriegsgefangenen enthält. Er hat ferner Einladungen zu einer Konferenz ergehen lassen, die am 27. Juli in Brüssel zusammengetreten und über diesen Punkt eine Einigung anstreben soll. Er hat ausdrücklich die Vereinigten Staaten um Theilnahme an dieser Konferenz ersucht. Solche Schritte waren von Seiten der Allianz wohl ein Wort des Dankes wert. — Die Abfahrt des Kaisers erfolgte gegen halb ein Uhr vom Charing-Cross-Bahnhofe, wo die englischen Prinzen sich bereits früher versammelt hatten. Um den Bahnhof und auch in demselben, soweit dies thunlich war, harrte ein dichter Volksstaat, der dem Kaiser ein enthusiastisches Lebewohl zutrieß. Die Prinzen und Prinzessinnen begleiteten den Kaiser bis Gravesend, wo ebenfalls eine feierliche Volksmenge versammelt war, und wo dem Major Gelegenheit wurde, seine verspätete Bewilligungssadresse noch glücklich anzubringen. Der Kaiser, welcher vorher die russische Korvette „Vitias“, die in Gravesend vor Anker lag, inspizierte, schiffte sich unter lauten Abschiedsrufern der am Strand versammelten Menge und unter dem Donner der Abschiedssalve, welche die Kanalflotte im Verein mit den anwesenden russischen Schiffen löste, auf seiner Yacht „Derjava“ ein. Hier bewirthete er die Prinzen und das Gefolge noch mit einem Dejeuner, dann lieckte die „Derjava“ die Anker und ging unter nochmaligem Geschützdonner in See; ihr folgten als Ehrengäste die Schiffe der britischen Kanalflotte. — Es ist jetzt vielfach von einem Gesetz die Rede, welches, einem Gericht aufgefolgt, nächstens dem Parlament vorgelegt werden soll, und den Zweck hat, für die Deckung einer nicht unbedeutenden Schuldenlast, die sich der Prinz von Wales aufgebürdet haben soll, zu sorgen. Diese Schulden sind veranlaßt durch die Ausgaben des vergrößerten Hofstaates, welchen der Prinz in Vertretung seiner Mutter zu führen gezwungen gewesen ist. Von einer Seite ist die Verpfändung der Einkünfte des Herzogthums Cornwall in Anregung gebracht worden. — Kapitän Wigans von Sunderland beabsichtigte eine neue arktische Reise über Nova Semisja anzutreten. Er hat Herrn Lamond's Dampf-Yacht „Diana“ gemietet und wird am 1. Juni von Dundee auslaufen. Kapitän Brown von Peterhead wird die Expedition führen, welche ungefähr vier Monate dauern dürfte. Es wird versucht werden, die österreichische Expedition, welche vor zwei Jahren nach dem Eismeer abgegangen, aufzufinden und sind die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden, dieser Expedition eine allenfalls nötige Hilfe zukommen zu lassen. Die Jagd, welche jene entfernten Regionen bieten, soll nicht außer Auge gelassen werden.

○ Kopenhagen, 23. Mai. Die politischen Versammlungen, die hier zu Lande die Zeit zwischen den Sessioen der Kammer auszufüllen pflegen, haben ihren Anfang genommen; am Sonntag, den 10. Mai fand eine solche, an der mehrere bekannte Mitglieder der Opposition Theil nahmen, in Slagelse statt. Der entschieden demonstrative Charakter des Festes gab sich u. A. auch dadurch fund, daß der Saal mit dem Porträt Frederik des VII. geziert war, während das des regierenden Königs Christian IX. fehlte. Der erste Redner, B. Christensen, ein alter Obergerichts-Prokurator, Ehrenmitglied der Linken, schloß sein Hoch auf das freie dänische Volk mit dem Wunsche, daß die Freiheit das Volk durchdringen und „ihren Weg bis zum höchsten Orte finden möge.“ Der nächste Redner, Obergerichts-Prokurator Alberti, verglich das allgemeine Wahlrecht mit einem Panzerhemde, an dem alle Angriffe, auch das Handschreiben eines unverantwortlichen Königs abprallen würden. Er stellte die zweite Kammer als den wahren Ausdruck des Volkswillens dar und erklärte, daß das Volk durch Anwendung des allgemeinen Wahlrechtes sein eigenes höchstes Gericht bilde. „Je stärker der Angriff von oben, desto schärfer wird die Vertheidigung von unten sein; sie mögen dann auflösen, so viel sie wollen!“ J. A. Hansen bestritt die Behauptung, daß die Tüchtigkeit mehr und mehr aus der zweiten Kammer verschwinde; seiner Meinung nach habe die Kammer nie so viele ihrem gesetzgeberischen Zweck entsprechende Tüchtigkeit besessen, als eben jetzt. Er sprach dann von den Vorkämpfern der Linken in der Presse, und brachte den jungen Kräften der Partei in Kammer und Presse ein Hoch. Am schärfsten sprach der bekannte Schullehrer Berg sich aus. Man habe von Fortschritt gesprochen, sagte er, aber er glaube nicht daran. 1848 bat ein kleiner Theil des Volkes den unumschränkten König (Frederik VII.) das Ministerium zu verabschieden, da es trotz seiner Tüchtigkeit nicht das Bedürfnis der Zeit verstände. Der souveräne König antwortete, daß dies schon geschehen sei. 25 Jahre später wendete sich das dänische Volk, nicht zwanzig tausend von den Straßen Kopenhagens, sondern hunderttausende durch ihre Vertreter sich an den konstitutionellen König mit der Bitte, das Ministerium zu verabschieden, da es trotz seiner Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit den Aufgaben der Zeit nicht gewachsen sei. Der konstitutionelle König aber antwortet: Das wird nicht geschehen! War das Fortschritt? Es wehe, sagt er ferner, ein fremder Aufzug durch unser Land. Der Polizeidirektor habe ein verfassungswidriges Verbot gegen Versammlungen (der Internationale) unter freiem Himmel erlassen; das Folkething habe diese Verwendung der Amtsmacht als gesetzwidrig bezeichnet; von Russland aber habe dieser Beamte einen Orden als Lohn seines verfassungswidrigen Vorgehens erhalten, und die dänische Regierung habe ihm erlaubt ihn zu tragen, das war russisch. Das Ministerium suchte den „Widerstand der extremen Partei“, wie man sie nenne, „zu brechen“, indem man durch die Unannehmlichkeiten, über welche das Ministerium verfüge, diesen oder jenen von seiner Pflicht gegen die Wähler abzulenken suchte; dies gelänge aber nicht. Dem von der ministeriellen Partei ausgehenden Ruf: „Sie werden zerstört werden!“ sollte der Ruf entgegengesetzt werden: „Ermanne Dich, Dänemark!“ und dem müßten die Tyrannen der Freiheit weichen. Der

letzte Redner, ein grundvigatorischer Prediger, i Rönne, versicherte u. A., daß das Kampfspiel der Linken nicht bloß dem Volke, sondern auch Gott angenehm wäre.

Das Fest findet seine Bedeutung ausschließlich darin, daß diese Reden von den Häuptern der jetzt in der zweiten Kammer numerisch meistens Bauern, gehalten wurden. Die Zahl der Theilnehmer, haben sich durchgehends auf die bloße Mitteilung der Thatsachen beschränkt. Nur das Fjordland hat verschiedene Behauptungen widerlegt, besonders die des Schullehrers Berg. Daß das dänische Volk die Entfernung des jetzigen Ministeriums verlangt habe. „Die Mehrzahl des Folkethings“, sagt das Blatt, ist nicht von der Mehrzahl des Volkes gewählt, sondern nur von 70.000 Wählern, die eine Minderzahl ausmachen nicht bloß der 1.800.000 Individuen, aus denen das Volk besteht, sondern auch der 200.000 Wähler desselben. Die 20.000 Kopenhagener, die 1848 ein Ministerium entfernen wollten, redigierten sich in der That auf 2000, die am 20. März desselben Jahres sich im Casino versammelt hatten; denn ihr Beschlus hatte den König veranlaßt, das Ministerium zu verabschieden, ehe die 20.000 ihm darum bat. Damals konnten 2000, was jetzt 70.000 nicht vermögen, u. die natürliche Urteil dieser merkwürdigen Erscheinung ist allerdings ein Rückschritt, nicht in der Freiheit, denn die hatten wir damals nicht, — während wir jetzt reichlich besitzen — sondern in der Tüchtigkeit und im moralischen Gewicht. In jenem Augenblick lag der Schwerpunkt der Nation in den 2000, jetzt liegt er nicht in den 70.000 und ihren Vertretern. Damals stand das ganze Volk wie ein Mann hinter den 2000; aber hinter den 70.000 und ihren Vertretern steht es keineswegs; damals trugen die 2000 die Sache des Landes und des Volkes, jetzt aber tragen die 70.000 und ihre Männer nicht diese, sondern nur kleinliche Parteidewen; damals waren die 2000 gehoben von dem Ernst des Augenblicks und der drohenden Gefahr, sie handelten mit Mäßigung und Besonnenheit, während die 70.000 und ihre Männer nur von hohen Phrasen und Phantasereien gehoben werden und selbst ihre Mäßigung und Besonnenheit rühmen müssen, da kein Anderer es kann.“

St. Petersburg. [Explorationen des „Golos“ und der polnischen Presse über das Vordringen deutscher Kultur in Polen.] Vor etwa schon Jahresfrist widmete der „Golos“ der polnischen Emigration einen Artikel, in welchem nachgewiesen werden sollte, daß seit der Niederlage und Isolierung Frankreichs in den von polnischen Emigranten geschriebenen politischen Broschüren ein nüchterner Ton nicht zu verfehlern sei und man in jenem Lager zum Theil schon begonnen habe, sich in die unabänderliche Zugehörigkeit zu Russland zu finden. Heute nur glaubt das petersburger Blatt sich berechtigt mit Befriedigung konstatiren zu können, daß auch einige Journale des nicht emigrierten Polenthums, wie namentlich der „Przygoda Tygodniowa“ und die „Nawa“, gewisse „Borutheile“ abgestreift hätte. Nach dem, was der „Golos“ aus Artikeln des Ersten zum Besten giebt, handelt es sich jedoch um nichts anderes, als um einen polnischen Notschrei über die konstante Zunahme des Deutschthums in den gesegneten Bezirken des Weichellandes. Hier nimmt das russische Blatt bereitwillig Fühlung an dem polnischen und — im Beihagen über die Einmuthigkeit der Gesinnungen gegen den „Germanismus“ — taucht Herr Krajkewski seine Feder in die panslawistische Dinte, um in einem historisch-politischen Artikel über „die neue Mission in der polnischen Presse“ die stürzischen Landsleute an der Weichsel zu belehren, wie sie sich, nachdem nun durch die Niederlage Frankreichs ihre letzte vermeintliche Hoffnung gefallen, aufrichtig an Russland hingeben müßten, um den Rest ihrer Nationalität, speziell vor dem Alles vernichtenden Deutschthum zu retten. Es fehlt natürlich nicht an Schmeicheleien für die Eigenschaften der Polen und an Anerkennung dessen, was Polen ehemals als selbständiger Staat für Europa durch die Bekämpfung der Türken und dergl. leistete. Der Verfall dattire von der Zeit, wo Polen den moskowitischen Staat bekämpft und es darüber versäumt habe, das Germanenthum resp. Preußen in seinen Schranken zu halten. „Aus seinen über den Todtenhügeln der altslawischen Volksgemeinde errichteten Basallenstaaten hofft der preußische Staat empor, welcher schon bei seinem ersten Entstehen das Kennzeichen seiner zukünftigen Macht trug. . . . Der von Friedrich dem Großen geführte siebenjährige Krieg hob dann Preußen an die Spitze von Deutschland empor. Durch die Theilung des polnischen Territoriums zwischen den drei angrenzenden Mächten griff es um sich des gefährlichen Nachbars zu entledigen, in das Schicksal Polens endgültig ein.“ An einer späteren Stelle sagt dann der „Golos“, „Kaiser Alexander I. war für die Herstellung der polnischen Konstitution durchaus eingenommen, allein seine Absichten wurden von Preußen wie von Österreich zurückgewiesen, weil sie befürchteten, daß unter solchen politischen Bedingungen zwischen den Russen und den Polen sich eine völlige Auslöhnung ergeben müßte, Russland sich leicht zum Mittelpunkt für die gesamte slawische Welt emporheben und die Vereinigung aller Slaven nach denjenigen Grundsätzen des Föderalismus verwirklichen könnte, auf Grund deren sich vor unserer Augen jetzt die Einigung Deutschlands vollzogen hat.“ Die spätere Geschichte der „polnischen Frage“ hat „durch ihre Resultate gezeigt, daß nur die Polen selbst sie zu einem guten Ende führen können und zwar durch die Vermittelung des von der Natur gegebenen Anschlusses an Russland,“ um so mehr, als seit 1870 die polnische Frage ihre ehemalige Bedeutung für Europa verloren hat. „Wenn auch der russische Presse über ihre panslawistischen Tendenzen Vorwürfe gemacht werden, so hat sie doch den Polen immer das Recht der nationalen Individualität zuerkannt.“ Nach dieser Phrase kommt der „Golos“ dann auf die schreckliche Lage, in der das polnische Volk während der Zeit des Adels-Oligarchie geschmäckt, und weist auf die Wohlthaten hin, die ihm Russland gebracht. Die Polen könnten nun in enger Vereinigung ihrer Interesse mit denen der Russen „ihre politische Bedeutung und zwar dadurch bewahren, daß sie das historische Drängen der Deutschen nach der Prädomination über die Slaven aufhielten. Daß die Polen gegenwärtig mit der Frage wegen Erhaltung ihrer Nationalität gegenüber dem Germanismus wohl beschäftigt sind, und danach trachten, ihr Schicksal fernerhin nur von der Zukunft der slawischen Welt abhängig zu machen, das erleichtert man wiederum aus den Urtheilen der obenangeführten Warschauer Journale bezüglich der historischen Beziehungen zwischen den Deutschen und den Slawen.“ Der „Przygoda Tygodniowa“ bespricht nämlich die „gewaltsame“ Verdrängung der Slawen aus den Ländern östlich der Elbe bis zur Warthe. Die Bedrückungen derselben durch die colonirenden Deutschen hogen sich länger als zwei Jahrhunderte hin und traten mit allen Schrecken der Barbarei sowie mit den wildesten Aus-

scheuungen des Feudalismus auf. Jetzt freilich ist dieser Prozeß in eine andere Phase getreten und hat einen friedlichen Culturcharakter angenommen, nichts destoweniger erreichen die Deutschen auf diese im Wege dieselben Resultate, wie durch den im Mittelalter bestiegt gewesenen: in ganzen Scharen siedeln sie sich in Polen an und indem sie den schwächeren ökonomischen Entwicklungszustand für ihre Vortheile ausnützen, wissen sie den Handel, das Gewerbe, ja auch die Landwirtschaft in ihre Hände zu bekommen. Die Umgegend von Olszsch mit ihren Reichtümern an Erzen und Steinkohlen ist von deutschen Colonisten überfüllt, sie setzen sich hier dauernd fest und kaufen ungeheure Landflächen an. Die polnischen Aristokraten, anstatt die wirtschaftlichen Interessen des Landes zu wahren, geben an die Deutschen ihre angestammten Besitzungen hin und verwirtschaften in Sorglosigkeit ihrem letzten Groschen im Auslande." Darin sieht das polnische Blatt „eine Gefahr nicht nur für die polnische Nationalität sondern ebenso auch für die ganze slawische Welt“ und der russische „Golos“ schließt sich ihm an, nicht ohne zum Schluss noch hinzuzufügen: „Mit aller Aufrichtigkeit wünschen wir, daß das sociale und wirtschaftliche Leben im russischen, österreichischen und preußischen Polen solche zeitgemäße Entwicklungsformen annimme, welche es befähigten, die Gefahren, welche durch die übermäßige Ausdehnung der deutschen Colonisation für die eigene Nationalität entstanden, glücklich zu besiegen. Um jedoch dahin zu kommen, wäre endlich für die Polen ein Furchtloses Hingeben an Russland und ein Mitarbeiten an den inneren Verhältnissen des Weichselandes nothwendig.“ (Die alte Leitrl.) (Schl. Btg.)

Bukarest. Neben den Fürsten Milan von Serbien, der auf seiner Rückreise von Konstantinopel zu einem mehrjährigen Besuch hier eingetroffen war, bringt ein hiesiges in französischer Sprache erscheinendes Journal folgende biographische Daten:

Fürst Obrenowitsch IV. ist am 10. August 1854 zu Jassy geboren; wird also in diesem Jahre 20 Jahre alt. Er ist der Sohn von Milosch E. Obrenowitsch, welcher als Major in der rumänischen Armee diente und der durch ihre Schönheit (und Abenteuer) berühmten Maria Catargiu. Sein Großvater war Milosch Obrenowitsch, welchen die Serben den Beinamen „Befreier des Vaterlandes“ gegeben haben. Der im Jahre 1868 in Topschidere ermordete Fürst Michael Obrenowitsch, welcher keine Kinder hatte, ließ dem jungen Milan in Paris eine Fürstliche Erziehung geben. Im Jahre 1868 wurde er zum erblichen Fürsten von Serbien proklamirt, das Land aber durch eine Regierung verwalten, bis Fürst Milan mit 18 Jahren majoren ernannt wurde und die Regierung selbst übernahm. Seinen ersten Besuch stattete der noch minorene Fürst dem Kaiser von Russland in Livadia ab. Im Jahre 1873 besuchte er die Weltausstellung und den Wiener Hof, welcher ihm ebenso, wie dem Fürsten Karl von Rumänen, die Ehren eines Souveräns erwies und dadurch das Missfallen der Pforte erregte. Alsdann stattete Milan Obrenowitsch dem Marschall Mac Mahon einen Besuch in Paris ab; in diesem Jahre dem Sultan und dem Fürsten Karl von Rumänen.

Lokales und Provinzielles

Posen. 27. Mai

r. Der Divisionsgeneral v. Sandrat ist Dienstag Vormittags von hier nach Czempin zur Truppen-Inspektion abgereist.

r. Weihbischof Janiszewski reiste gestern Morgens in Begleitung des Domherrn Granke zur Firmung nach Leipzig und kehrten Abends vor dort zurück.

r. Die Pastoralkonferenz und Hauptversammlung der Gustav-Adolfs-Stiftung hat gestern Abends 6 Uhr mit einem Gottesdienst in der Paulskirche begonnen und erreicht morgen ihr Ende. Es sind viele Geistliche aus der Provinz zu derselben erschienen.

r. Verkauf. Eine Parzelle des Neimer'schen Grundstückes auf St. Martin (neben dem Magistratsplatze an Krugs Hotel) ist für 20,000 Thlr. an die Brauereibesitzer Fries und Thiele verkauft worden, welche bisher die Hüggersche alte Brauerei auf der Wronkerstraße gepachtet hatten, und nunmehr auf jenem Grundstücke, wie man hörte, eine Brauerei zu errichten beabsichtigen.

Bromberg, 26. Mai. [Verlegung der Direktion der Ostbahnen.] Während unsere Mitbürger sich in der Hoffnung wiesen, daß die königliche Direktion der Ostbahn definitiv hier bleiben wird, hören wir, daß die Verlegung derselben nach Berlin nahe bevorstehend ist. Diese Verlegung würde spätestens im künftigen Jahre, wenn nicht schon in diesem Jahre, stattfinden. Die entscheidenden Gründe für diese Verlegung sind uns nicht bekannt geworden, so viel steht fest, daß durch die Ausführung dieser Maßregel unsere aufblühende Stadt die empfindlichsten Nachtheile erleiden wird. Bei der Verlegung würde unsere Stadt und nächste Umgebung an Beamten und deren Familienmitgliedern über 1000 Seelen verlieren. (Br. 3.)

Mallinckrodt.

Der Telegraph hat uns gestern den Tod des Abgeordneten von Mallinckrodt gemeldet. Mit ihm ist unerwartet einer der stärksten Kämpfen der Ultramontanen geschieden. Im Verein mit seinem Genossen Windthorst stand er stets in der ersten Reihe. Er starb an demselben Tage an welchem die Gesetzesammlung die mit königlicher Sanktion versehenen neuen Kirchengesetze publizierte. v. Mallinckrodt, Regierungsrath a. D. und Rittergutsbesitzer in Nordhorchen bei Paderborn, war am 5. Februar 1821 in Minden geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Aachen, studierte in Berlin und Bonn und arbeitete beim Stadt- resp. Obergericht in Paderborn, später bei den Regierungen zu Münster und Erfurt. Als Assessor bzw. Rath gehörte er den Regierungskollegien zu Minden, Erfurt, Stralsund und Frankfurt a. D. an, war zeitweise kommiss. Oberbürgermeister von Erfurt und Hülfsschreiber im Ministerium des Innern. Von 1860 – 67 lebte er als Regierungsrath in Düsseldorf, von 1868 – 72 in gleicher Eigenschaft in Merseburg. 1872 schied er aus dem Staatsdienst. Zum Mitglied des Abgeordnetenhauses wurde er 1852 gewählt; er gehörte ihm bis 1863 und von 1868 bis zu seinem Tode an. Außerdem war er Mitglied des Norddeutschen und des deutschen Reichstags. Seine letzte Rede hielt er im Abgeordnetenhaus am 19. Mai gelegentlich seiner Interpellation die Kirchenbücher der Pfarrei Niederberg betreffend.

Soeben lesen wir in der „Germ.“ über den Verstorbenen:

Es ist eine Trauernachricht, die uns eben vor Schluss des Blattes zugeht, wie sie schwerlicher für das katholische Deutschland kaum gedacht werden kann. Der Tod hat in die Reihen unserer Vertreter gegriffen und einen der Braden unter den Braden hat er hinweggezogen: Hermann v. Mallinckrodt ist verschieden! Raum war die letzte parlamentarische Session geschlossen, in welcher er wie nie zuvor mit glänzendstem Geschick, mit hohem Muthe, mit unverzagter Aufopferung trotz der Schwäche seiner Gesundheit in den aufregendsten Debatten für unsere heilige Sache gefochten, da warf ihn eine Lungen- und Rippenfellentzündung, zu deren Ausbruch eine Erkrankung den Anstoß gegeben, aufs Krankenlager. Die lang verhaltene Krankheit hatte in wenigen Tagen seine Kraft erschöpft: er entschlief hier heute Morgen um 10^{1/2} Uhr, mit der einen Hand die Rechte seiner

jungen Gattin, mit der anderen das Kreuz, für welches er im heiligen Kampfe sich aufgerieben, fest umfassend. Trauernd, als wäre ein Bruder, ein Vater von uns gerissen, stehen wir an der Bahre des edelsten Mannes. Wir beugen uns vor den Kathschläufen des Herrn, der seinen Streiter mitten aus der Fülle seines ruhmvollen Wirkens heraus in den Frieden des Paradieses abberufen hat, und aus Millionen katholischer Herzen, die den Verdächtigen geehrt und geliebt, steigen heiße Gebete für ihn zum Himmel. R. I. P.!

Die „Germ.“ hat jedenfalls Grund zu klagen, denn ihre Partei verfügt nicht über viele solcher Kapazitäten.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Märkisch-Posener Eisenbahn. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Aktionäre ist, einer Bekanntmachung des Verwaltungsraths zufolge, auf Sonnabend 27. Juni, Vormittags 11^{1/2} Uhr, nach Liehr's Hotel am Bahnhofe in Guben einberufen.

** Leipzig, 26. Mai. Der Abschluß des ersten Quartals der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt ergibt einen Gewinnüberschuß von 298,955 Thaler oder circa 3 pCt. des Aktienkapitals.

** London, 23. Mai. [Vollbericht.] Folgendes ist eine Zusammenstellung der für die gegenwärtigen Auktionen von Kolonial-Wollen zugesetzten und bis einschließlich heute ausgetragenen Quanitäten:

Sydney	Zugeführt.	Bis jetzt ausgetragen.
	52,787 Bl.	29,319 Bl.
Port Phillip	117,446 "	67,526 "
Van Diemen's Land	9,012 "	5,095 "
Adelaide	35,995 "	24,773 "
Swan River	3,915 "	46 "
Neu Seeland	40,106 "	16,545 "
Cap	34,119 "	17,310 "
Total 293,380 Bl.		160,614 Bl.

Seit Kurzem ist der Markt fester geworden. Schweißwollen für Kamm haben sich von ihrem zu Anfang der Auktionen erzielten Abschlag wieder erholt und sind jetzt so hoch wie im März bezahlt. Rückenwassen für Kamm haben ebenfalls und zwar fehlerhaft $\frac{1}{3}$ d und gute reine $\frac{1}{3}$ d auf Eröffnungspreise, angezogen und dergleichen gut-vorzügliche Port-Philipp, welche in letzterer Zeit größere Auswahlboten, erreichen nicht selten sogar März-Quotierungen, lassen sich aber im Allgemeinen $\frac{1}{3}$ d a $\frac{1}{3}$ d darunter erschlagen. Scoured-Kammwollen zeigen keine merkliche Veränderung; die besseren Qualitäten genießen anhaltend gute Frage, während geringe und fehlerhafte sich mit mehr Regelmäßigkeit verkaufen. Von Sydney-Wollen kann man kaum sagen, daß sie an der eingetretene Besserung Theil haben. Gute reine Waare ist gesuchter als zu Anfang der Auktionen, geringe und fehlerhafte dagegen bleibt mehr oder weniger vernachlässigt. Sydney-Schweiz sind unverändert. Von vorzüglichen Mudge-Fleißwollen lösen die weniger feinen, längeren und reinen befriedigende Preise; allein die sehr kurzen hochfeinen ledern stark unter dem in diesem Geschäfte in Frankreich herrschenden Druck. Kammwollen, mit Ausnahme von geringen und kettigen Partien, sind ziemlich gefragt und im Ganzen nicht viel billiger als zu Ende der vorigen Auctionen. Cap-Wollen fortwährend fest und sondernamentlich ganz so theuer wie im März.

Die am 19. und 20. d. Ms. in Liverpool abgehaltene Auction von 5672 Ballen Mittelmeéräldischen, 1372 do. Russischen, 737 do. La Plata 840 do. Spanischen und Portugiesischen, 935 do. Peru und Lima, 1102 Buenos-Aires und englischen Hautwollen, 717 do. Deversen, in Summa 11,375 Ballen, war nicht sehr belebt und kaum ein Drittel des ausgebotenen Totals fand Nehmer: La Plata und Peru zu früheren Quotierungen, Egyptische und Portugiesische mit $\frac{1}{2}$ d und alle übrigen Sorten mit $\frac{1}{3}$ d a $\frac{1}{3}$ d Abschlag. Russische und Angora wurden beinahe alle zurückgezogen.

** Petersburg, 21. Mai. [Eisenbahn n. angelegten.] Aus den Nachrichten über die Bruttoeinnahmen der Eisenbahnen im Jahre 1873 ergibt sich Folgendes: Beim Beginn des Jahres 1874 betrug die Länge der dem Verkehr übergebenen Eisenbahnlinien 15,190 Werst und die Bruttoeinnahme der selben 122,800,000 Rbl. oder durchschnittlich 8008 Rbl. pro Werst. Die größte Einnahme giebt die Nikolai-Bahn – 31 $\frac{1}{2}$ Tausend Rbl., ihr folgen die Moskau-Rjasaner mit 23,000 und die Rjasan-Kostrower mit 21,500 Rbl. Von den ganzen Ausdehnungen des Eisenbahnnetzes liefern etwa zwei Drittel (9 $\frac{1}{2}$ Tausend Werst) eine Jahresertrahme von über 6000 Rbl., 3811 Werst – 6–8000 Rbl., 1967 Werst – 8–10,000 Rbl., 1754 Werst 10 bis 15,000 und 1957 Werst – mehr als 15,000 Rbl. Die größte Rentabilität weisen die Bahnen auf, welche Moskau berühren, d. h. die Moskau-St. Petersburger, Moskau-Nischni-Nogoroder, Moskau-Rjasaner mit ihrer Fortsetzung nach Kostrow und die Moskau-Kursker. Eine Ausnahme macht nur die Moskau-Smolensk-Breiten-Bahn, bei deren Erbauung übrigens mehr strategische Gesichtspunkte maßgebend waren, als die Aussicht auf einen lebhaften Personen- und Warenerverkehr. Die Moskau-Jaroslawer Bahn bleibt zwar auch hinter den vier ersten zurück, gibt aber dennoch einen verhältnismäßig hohen Ertrag, nämlich über 8000 Rbl. Auf gleicher Linie stehen die Riga-Dünaburger, Warschau-Wiener, Odesser, Dünaburg-Witebsker, Dres-Witebsker, Kursk-Kiewer und Tambow-Saratower Bahn; die letzteren, mit Ausnahme der Warschau-Wiener Bahn, bilden Theile entweder der großen Linie von Orel nach Riga oder der Linie Petersburg-Odessa, oder aber sie sind eine Fortsetzung der Moskau-Kostrower Bahn. Aus obigem geht hervor, daß der regste Verkehr sich in drei Richtungen konzentriert – von Norden nach Süden, vom Zentrum nach dem nordwestlichen Hafen und aus dem Zentrum nach Südosten, in letzterem Fall übrigens nicht über Tambow hinaus.

Vermischtes.

* Die Einführung der Postkarten hat bereits zu unzähligen mehr oder weniger spaßhaften Aufritten Anlaß gegeben. Hier die neueste Blumenlese: Ein Herr kommt nach Hause und fragt seinen Diener, ob der Briefträger nichts gebracht habe. „O ja“, erwidert Johann dienstreifig, „eine Postkarte. Darauf steht geschrieben: „Sie sind ein Schlingel.“ – Der Briefträger fährt ärgerlich den Bewohner eines vierstöckigen Hauses an: „So zahlen Sie doch endlich Ihrem Schneider seine Rednung. Fünf Karten mit Mahnungen habe ich schon zu Ihnen hinaufschleppen müssen!“ – Ein Familienbater schreibt an den Uhrmacher per Postkarte: „Holen Sie morgen gefälligst meine Stutzuhrr ab, welche einer gründlichen Reinigung bedarf.“ Am andern Tage stellt sich ein Herr ein, der dem Diener die Uhr abfordert und sich entfernt. Nach vierzehn Tagen, als die Uhr immer noch nicht zurückgebracht ward, begiebt sich der nichts ahnende Eigentümer zum Uhrmacher, welcher aber erklärt, er wisse von der ganzen Sache nichts. Ein Dieb hatte sich die Gelegenheit zu Nutze gemacht und die Uhr annexirt.

* Zur Bartfrage der Geistlichen. In Ungarn ist unter dem niedern katholischen Klerus eine lebhafte Agitation gegen das Verbot, den Bart waschen zu lassen, im Werke. Der Redaktion des Peitser „Hon“ ist in dieser Angelegenheit von 30 Geistlichen unterzeichnete umfangreiche Erklärung zugegangen, in welcher nachgewiesen wird, daß das Raufen des Bartes durch feinerlei körperliche Gründe geboten sei; außerdem werden darin die Zweckmäßigkeitsgründe angeführt, die für das Stechenlassen des Bartes sprechen. Die Erklärung schließt mit der Aufforderung, daß die ungarischen Geistlichen in der Provinz die Frage tatsächlich erledigen und sich den Bart-Stechenlassen sollen.

* Ein Notenzeichner. Ein ehemaliger Kapellmeister in Paris, Namens Gandon, hat sich das sonderbare Vergnügen gemacht, die in der Partitur der „Hugenotten“ vor kommenden Noten zu zählen. Das Ergebnis dieser höchst langweiligen Beschäftigung ist: Der erste Alt

hat 10,144 Noten, der zweite 10,269, der dritte 13,344, der vierte 5394, der fünfte 3665; alle zusammen daher 43,720 Noten – doch ohne Ouvertüre, Zwischenakkorde und Balletts. Außerdem hat Herr Gandon, von dem man versichert, daß er auch nach vollendetem Arbeit noch bei Verstande sei, die Anzahl Noten der einzelnen Arien, Duos, Ensembles usw. festgestellt, mit deren Anführung wir aber den Leser verschonen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Nom. 26. Mai. Das in der Kammersitzung wiederholt laut gewordene Verlangen, die notwendigen öffentlichen Befestigungsarbeiten auf die Tagesordnung zu setzen, beantwortete der Minister Minnethi dahn, daß der Staatschatz mit neuen Auslagen unmöglich belastet werden könnte und daß man den Senat um Beratung der Befestigungsprojekte bitten werde. Schließlich wird aber der Antrag angenommen. Die Sitzung war sehr bewegt.

Hinzu kommende fremde vom 27. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer v. Treskow u. Frau aus Wierzonka, Kreis-Schulinspektor Schwalbe a. Kroitsch, Landwirt Hundrich aus Magdeburg, die Kaufleute Otto Pilek aus Magdeburg, Zimmermann aus Luckenwalde, Dr. Hopelloff, Hann u. Oppenheim aus Berlin, Posthalter Sennfleib aus Schrimm, Rentiere Fr. Woe. Hopelloff aus Berlin, Baumeister Gottstein aus Saarburg, Superintendent Fischer und Tochter aus Grätz, Pfarrer Koehn aus Konolewo, Konsistorialrath Gess und Bauunternehmer Wolf aus Breslau.

O. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Basch a. Lissa, Fabian aus Hamburg, Mendelssohn aus Bromberg, Schulze a. Breslau, Pastor Schmidt aus Neutomisl., Illgner aus Friedendorf, Kreis-Schulinspektor Sprekile aus Weseritz.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Nasse a. Berlin, Bohme aus Leipzig, Wagner aus Dresden, Pfarrer Hild a. Prellisch, Schramm aus Wriezen, Barnek aus Santomsl., Kühne a. Strzelno, Büsse aus Schöllk, Petzschäger aus Sarne, Lierze aus Lubitschin, Schönfeld aus Nowowraclaw, Eltern aus Kwiecielowo, Grabau a. Kopris, Welerken a. Obersigko.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Strause aus Neims, Roiswitz aus Burawno, Jarockinski aus Konin, Bausel aus Plestchen, die Rittergutsbesitzer v. Bablocki aus Wongrowitz, Petrik a. Chyby, Grüne aus Radclaw, Koski aus Russisch-Polen, Lieutenant Zukowski aus Posen, Buchhändler Klemmüller aus Sorau, Baumeister Wendland aus Erfurt, Privatier de Rincke aus Reims, Bürger Kowrowski aus Trzemeszno, Fabrikbesitzer Hefenbrück aus München.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Strause aus Neims, Kronenberg, Mochmann aus Breslau, Hahn, Bloch und Reichardt aus Berlin, Schmidt aus Brandenburg, Jaeger aus Gummersbach, Liebes aus Frankfurt a. O., Ritsche aus Leipzig, Pringsheim und Muhr aus Oppeln, Schanberg aus Dürsen, die Rittergutsbesitzer Barone v. Winterfeld aus Rosinno und Bodzefewo, Graf Balewski aus Warschau, Bloth aus Abramowo, Graf Czapski aus Bukowice, Offizier a. D. v. Schmiedaeck aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Pastor Miszkiewicz a. Paris, Rentier Barbier a. Paris, Frau Direktor Dr. Jutrosinski a. Berlin, Frau Kaufmann Herzfeld a. Kosten, Kreisrichter Cohn aus Wongrowitz, die Kaufl. Deutschbein a. Dresden, Fiedler a. Breslau, die Gutsbes. Graf Skorszewski a. Czernijewo, Friederici a. Colmar, Osmejewski a. Staraugnica, Zafrewski a. Welna, Kultowski aus Bielowice, Gräfin Dabska aus Kolaczewo.

Landwirthen von großem Werth.

(Dresch-Maschinen.) Eine der wichtigsten Erfindungen für Landwirthen ist eine neue Dresch-Maschine, welche durch 2 Leute betrieben, in einer Stunde so viel dreschen soll, als 3 Drescher in einem Tag. Alle Getreidegattungen soll sie gleich gut ausdreschen, daß nicht ein Körnchen im Stroh bleibt, aber auch keins beschädigt wird. Der Ankaufspreis sei nur:

Thlr. 68 franco jeder Bahnhofstation.

Es sollen diese Maschinen in den meisten Provinzen Deutschlands zu Tafende verbreitet sein, aber auch in unserer Umgegend sollen deren seyn. Als beste Bezugquelle wird die Firma Ph. Mayfarth & Co. in Frankfurt a. M. geschildert. Bestellungen können daselbst brieflich

